

„Stunde des Parlaments“

Büttelborns Gemeindevertretung verabschiedet einstimmig Haushalt

Von Jörg Monzheimer

BÜTTELBORN. Nach viereinhalbmonatigem Ringen hat die Büttelborner Gemeindevertretung am Mittwochabend den Haushalt für 2019 einstimmig verabschiedet. Auch in der Debatte waren sich SPD, CDU und GLB weitgehend einig. Die Konfliktlinie verlief diesmal zwischen Parlament sowie Bürgermeister Andreas Rotzinger (CDU) und der Verwaltung.

Noch kurz vor der Sitzung hatten sich die Fraktionen auf Basis eines CDU-Antrags auf Veränderungen des von der Verwaltung am 6. März in überarbeiteter Form präsentierten Etatentwurfs verständigt. So soll die Grundsteuer B von 550 auf 590 und nicht auf 610 Punkte steigen. Um Belastungen gerecht zu verteilen, wird die Gewerbesteuer von 400 auf 410 Punkte (statt auf 405) erhöht. Bei Sach- und Dienstleistungen soll die Verwaltung noch einmal 60000 Euro sparen. Außerdem wollen die Parlamentarier 16000 Euro für Wickelbereiche vom Ergebnis- in den Investitionshaushalt schieben.

Bürgermeister Andreas Rotzinger erklärte, die Änderungen rechtlich und auf haushaltstechnische Umsetzung zu prüfen. Aus seiner Sicht sei die Verschiebung in den Investitionshaushalt nicht möglich. Sollte der Etat so nicht genehmigungsfähig sein, werde er Widerspruch nach Paragraph 63 der Hessischen Gemeindeordnung einlegen.

In der Aussprache zum Haushalt lobten Dieter Arnold (CDU), Sascha Kreim (SPD)

ZAHLEN UND HEBESÄTZE

► Der von der Verwaltung vorgelegte **Etatentwurf vom 6. März** sah im Ergebnishaushalt Einnahmen von 34,38 und Ausgaben von 33,35 Millionen Euro vor. Auch im Finanzhaushalt ergibt sich ein kleines Plus. Diese Zahlen müssen noch einmal überarbeitet werden.

► Der **Hebesatz** für die Grundsteuer A soll von 430 auf 480, der für die Grundsteuer B von 550 auf 590 und der für die Gewerbesteuer von 400 auf 410 Punkte steigen. (mzh)

und Frieder Engel (GLB) die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. „Für mich ist es eine wahre Stunde des Parlaments, wenn wir diesen Haushalt verabschieden können“, befand Engel. Bei allen drei Fraktionsprechern klang zugleich Unzufriedenheit mit Bürgermeister und Verwaltung in den Haushaltsberatungen heraus. „Wir brauchen rechtzeitige und aussagekräftige Informationen“, sagte Arnold, während Kreim darauf verwies, dass die Gemeindevertreter nicht nur als notwendiges Übel angesehen werden dürften. Bürgermeister Rotzinger hielt den Fraktionen dagegen vor, bestenfalls Haushaltskosmetik betrieben zu haben. Ernsthaftige Änderungsvorschläge seien erst im Februar eingegangen. Er warnte auch davor, Steuereinnahmen zu optimistisch anzusetzen.

Irritiert zeigte sich Arnold darüber, dass Beschlüsse des Finanzausschusses vom 12. Februar in wesentlichen Punkten ignoriert worden seien – woraufhin Rotzinger erklärte, dass Beschlüsse ausschließlich Gemeindevertretung und -vorstand fassten.

Arnold, Kreim und Engel strichen das hohe Leistungsniveau der Gemeinde in Sachen Kinderbetreuung, Vereinsförderung, Feuerwehren, Infrastruktur und die Pläne für die Umgestaltung der Ortsmitte heraus, sprachen aber auch den Sanierungsbedarf bei den Liegenschaften an. Engel hob zudem den Zuschuss an den Nabu für Naturschutzprojekte in den Bruchwiesen (20000 Euro) hervor, während Arnold mahnte, dass freiwillige Leistungen kein Tabu darstellen dürften.

Sascha Kreim ging auf den schwer nachvollziehbaren Widerspruch ein, dass der Ergebnishaushalt eine Million Euro Überschuss ausweise und dennoch Steuern erhöht würden. Dies habe damit zu tun, dass die Gemeinde für vier Jahre 364350 Euro in die Hessenkasse einzahlen müsse (aus der 2,9 Millionen Euro an Kassenkrediten abgelöst werden) und auch in der mittelfristigen Finanzplanung ihre Liquidität ausweisen müsse.

Nach der Abstimmung ging Klaus Astheimer (SPD) als Vorsitzender der Gemeindevertretung ans Rednerpult. Zwischen Verwaltung und Parlament sei wieder mehr Vertrauen nötig. Misstrauen sei keine Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit.